

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen



Nr. 470.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 192.

Abonnementspreis für Halle und Umgebungen 2.50 Mark, durch die Post bezogen 3 Mark für das Vierteljahr. Die Sächsische Zeitung erscheint wochentlich zweimal. — Druck- und Verlagsort: Halle a. S., Gutenberg-Druckerei (Halle, Brühlstraße 10). Druck- und Verlagsort: Halle a. S., Gutenberg-Druckerei (Halle, Brühlstraße 10).

Erste Ausgabe.

Abonnementspreis für die übrigen Provinzen 3.00 Mark, durch die Post bezogen 3.50 Mark für das Vierteljahr. Die Sächsische Zeitung erscheint wochentlich zweimal. — Druck- und Verlagsort: Halle a. S., Gutenberg-Druckerei (Halle, Brühlstraße 10).

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 27.  
Telephon Nr. 188.

Sonnabend, 7. Oktober 1899.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 3.  
Telephon Nr. 931.

### Die Sammlungspolitik und ihre Gegner.

Die „Sächsische Zeitung“ schreibt, es sei „ein längst abgelebter Versuch, Miquel als den folgenden Vertreter einer bestimmten Sammlungspolitik hinzustellen. Damit führe man niemand mehr hinter die Fassade, denn alle Welt wisse, daß der Mann zum Sammeln im Sinne Miquels nur ein Wandler geworden sei, im Interesse der Agrarier die übrigen Gruppen zu düpiern.“

Die Richtigkeit des „rheinischen Weltblattes“, mit der es hier lediglich durch Provinz begründete Unterstellungen anführt, um die Sammlungspolitik zu verächtigen, ist ersichtlich. Von einem „Düpiern“ durch den Sammelruf kann ebensowenig die Rede sein, denn die Grundgedanken dieser Politik der Sammlung sind klar und deutlich und für jedermann faßbar festzulegen, sie haben auf dem sogenannten Zielgebiet der nationalökonomischen Arbeit auf produktiven Ständen, Kräftigung eines gesunden Mittelstandes, rückständige Niederwerfung des Unluts und die schwerere Strafe dem, der sich unterstellt, einen Nebenmenschen, der arbeiten will, an freiwilliger Arbeit zu hindern.“

Den Sammelruf, der den Zweck hat, zur Ausführung dieses Programms eine Mehrheit zu bilden, zu der alle nichtsozialdemokratischen Parteien eingeladen sind, mag die „Sächsische Zeitung“ ein Wandler zu nennen, um im Interesse der Agrarier die übrigen Gruppen zu düpiern! Das rheinische Weltblatt scheint auf große Beschränkung der ihm nahelebenden Leute zu rechnen; es überläßt dabei aber einen wichtigen Punkt den, daß der große Kanzler Fürst Bismarck zu den Unternehmern des Rufes gehörte, so daß er es zum ersten Mal nach seinem Rücktritt geboten habe, für die nationale Aktion persönlich einen Namen einzutreten.

Es ist schon dadurch das Ziel der Sammlungspolitik ungewiß gemacht, so ist es um so verwerflicher, wenn die Gegner dieser Politik zu einer entschiedenen nationalen Politik mit irreführenden Phrasen und mit unredlichen Unterstellungen dagegen ankämpfen. Freilich zu einer sachlichen Stellungnahme werden sich die Sammlungsgegner nicht entschließen können; denn die Ziele des Bismarck-Programms offen zu bekämpfen, besäßen sie nicht den Mut, und die eigenen Ziele darzulegen, halten sie mit Recht für „unvorstellbar“. Will man also von Düpiern sprechen, so kann diese Bezeichnung nur auf die „Gegenämter“ Anwendung finden.

Man betrachte doch einmal die verschiedenen Elemente und Gruppen, welche die Politik der Sammlung bekämpfen. Da ist zunächst der freiheitsliebende Flügel der Nationalliberalen, der auf dem Standpunkt steht, die Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat müsse um jeden Preis, selbst um den des Ruins der Landwirtschaft gefördert werden; daran schließen sich die freisinnigen und demokratischen Gruppen, die theils aus demselben Grunde, theils aus parteiigegensätzlichen Rücksichten der Sammlung entgegenarbeiten. Eine sehr eifrige Gegnerin der Sammlungspolitik ist bekanntlich auch die Centrumpartei, deren Führer loben verächtlich hat, die diese Aktion nicht sich gegen das Centrum, weil er befürchtet, der Zusammenschluß der nationalen Elemente könnte der „Reichsgegenpolitik“ ein Ende machen und endlich „höhere“ Zustände in unserer inneren Politik herbeiführen.

Schließlich aber bilden den Kern der Gegenämterhaltung die Sozialisten, die allerdings in begründetem Selbstvertrauen die nationale Sammlung auf das Schicksal zu bekämpfen gezwungen sind. Verfolgt also jede

Gruppe der Sammlungsgegner einen besonderen, mit dem Gemeinwohl nicht zusammenhängenden Zweck, so wird doch nicht geleugnet werden können, daß die ganze Generation in erster Linie und in der Hauptsache nur die Wirkung hat, der Sozialdemokratie in der Abwehr der notwendigen rückständigen Niederwerfung des Unluts Hilfe zu leisten.

Dieser Effekt ist gar nicht abzutreten; er kann den bürgerlichen Gegnern der Sammlungspolitik auch keinesfalls entgangen sein. Wenn man also jetzt versucht, die Politik der Sammlung durch unehrliche Unterstellungen zu verächtigen und damit die eigenen Ziele und Bestrebungen zu verächtigen, so treibt man ein verwerfliches Spiel, das nicht scharf genug gebrandmarkt werden kann.

### Deutsches Reich.

Salle a. S., 6. Oktober.

\* **Konservative Intriguen**. Zu erfüllen, ist das Hauptgeschäft der „Germania“. Dieser Entfaltungseifer ist aber recht verächtlich. Dadurch soll die Aufmerksamkeit von dem Fiasco der üblen Dreierzeit, in der das Centrum eine hervorragende Rolle gespielt hat, verdeckt werden. Allerdings muß die „Germania“ naturgemäß in der Intriguentendenz bewandert sein; aber eben deshalb muß das Wort auch ganz genau wissen, daß die Konservativen weder die Neigung noch das Geschick haben, zu intrigieren, sondern offen und ehrlich ihre Meinung gerade heraus sagen. Es ist also, wir konnten nochmals kurz darauf zurück, eine ganz widerwärtige Behauptung, daß die Konservativen um Herrn von Miquel zu halten und eventuell zu bejähren, den Fürsten zu Gohlenlohe „fürzen“ möchten. Wie die Konservativen zu dem aus schließlichsten Rechte der Krone, Minister zu ernennen oder zu entlassen, leben, ist bekannt; ihre Wortführer haben stets offen und unumwunden bei fehlerhaften Maßnahmen der Regierung oder ihrer Mitglieder, auch des Herrn Reichsfürstentums, ihre abweichende Meinung geäußert; sie werden dies auch ferner thun, ohne damit einen anderen Zweck zu verbinden, als den der Kritik oder der Mahnung. Hat darum ein solcher Widerspruch erfolgen müssen, so ist dies stets sachlich und in der Absicht geschehen, die Regierung um solchen Maßnahmen, von denen zu befürchten war, daß sie das Vertrauen zu ihr im Lande verringern könnten, abzuhalten. Auf dieses Vertrauen aber kommt es in erster Linie an; es aufrecht zu erhalten und da, wo es erschüttert erscheint, wieder herzustellen, ist die vornehmste Aufgabe unserer inneren Politik. In diesem Grundgedanken haben die Konservativen immer festgehalten; darum ist es heller Widerspruch, ihnen eine Haltung zuzuschreiben, die die „Germania“, gerade um Miquel und die Bezeichnung hervorzuheben, mit den Worten: „Nieder mit Gohlenlohe, es lebe Miquel!“ ausdrückt.

\* **Ueber die Förderung des Kleinbahnbaues in Preußen** erzählt die „Ztg. Böhm.“ Folgendes: Wenn auch in diesem Sommer von dem preussischen Ministerium ausgearbeitete Kleinbahnvorlage nicht mehr an den Landtag gelangen konnte, so stellte sich doch bei verschiedenen Kleinbahnprojekten, für welche alle Stadien der Vorbereitung erledigt und auch meistens der beherrschten Kreise und Provinzen erhebliche Mittel bewilligt sind, die Ausführung des Baues als so dringend heraus, daß die Staatsregierung nun nicht länger zögern zu dürfen glaubte, auch überferte aus den ihr zur Verfügung stehenden Geldern einen beträchtlichen Teil als Beihilfen für Kleinbahnbauten zu gewähren. Somit konnte die Gefahr eintreten, daß die bereits aufgestellten und genehmigten Projekte Veränderungen erfahren, die dann vor Beginn des Baues von Neuem hätten

nachgeprüft werden müssen, woraus sich ein unliebsamer Zeitverlust ergeben hätte. Im Besonderen sind diesmal bei der Bewilligung von Staatsbeihilfen die ökonomischen Landesheile berücksichtigt worden. So wird z. B. ein Betrag von ungefähr drei Millionen Mark auf Ostpreußen entfallen und u. A. für die Herstellung der Strecke Jüterburg-Trempen, das erste Stück des in großem Maßstabe in Aussicht genommenen Jüterburger Kleinbahnbaues, Verwendung finden. Die Ausführung dieser Bauten wird von der gemeinschaftlich mit der Steiner Eisenbahn- und Betriebsgesellschaft Lang u. Co. arbeitenden Rheinischen Kleinbahnbaugesellschaft in Königberg übernommen, die auch schon bisher in den südlichen Landesteilen, besonders in Ostpreußen, an der Ausführung von Kleinbahnbauten hervorragenden Anteil genommen haben.

\* **Politiktechnisches**. Die Mitteilung, daß die endgültige Einrichtung einer wirtschaftlichen und handelspolitischen Abteilung im Reichsamt des Innern gelangt sei, ist schon richtig gefaßt und namentlich darauf hingewiesen, daß die politischen Geschäfte der Reichsverwaltung zum Bereich des Reichsamtamtes gehören. Was die handelspolitische Abteilung betrifft, so ist sie schon im vorigen Jahre eingerichtet worden. Bisher befanden im Reichsamt des Innern drei Abteilungen, eine, welche die allgemeinen Angelegenheiten, Medialität und Vertretungsangelegenheiten, Presse, Vereine, Fremdenpolizei u. s. w. bearbeitete, eine andere, welcher namentlich die Bearbeitung der Sozialpolitik, gewerblichen Angelegenheiten, Freizügigkeitsgesetzen und Armenwesen zuzustand, und eine dritte, welcher die Erledigung des Besatz der dem Reichsamt des Innern übertragenen Aufgaben zufiel. Diese letztere ist nun im vorigen Jahre in zwei Abteilungen getrennt worden und zwar so, daß der einen das Bank- und Börsenwesen, der gewerbliche Eigentumschutz, See- und Binnen-Schiffahrt, sowie Wasserbauwesen, der anderen die eigentliche Handels- und Politik unterfielen. Im Einzelnen beschreiben seitdem die Handels- und Industrie-Abteilungen die Handelsfragen des In- und Auslandes, die wirtschaftliche Seite des Zoll- und Steuerwesens, die Erhebungen über die Produktionsverhältnisse des In- und Auslandes, die allgemeine Statistik und die Statistik des Warenverkehrs mit dem Auslande sowie die Angelegenheiten des wirtschaftlichen Ausschusses. Namentlich aus der letzteren Aufgabe ergibt man, daß die abgetrennte Abteilung geradezu zur Lösung der in neuester Zeit erwachsenen Aufgaben gebildet worden ist. Mit der Leitung der Abteilung ist, wie bekannt, der Geh. Ober-Regierungsrat Weimut betraut.

\* **Von der Kölner Wahl**. Die Nachricht der „Neusiedlerzeitung“ lautet: Die Kandidatur für die Reichstagswahl in Köln hat sich am Montag in Köln getroffen und wird von der „Köln. Volksztg.“ als nutzlos bezeichnet; die Liste sei noch nicht an das Domkapitel zurückgegangen.

\* **„Genoffe“ Liebnecht und Fürst Bismarck**. Der „greife Veteran der Revolution“, „Genoffe“ Liebnecht hat wohl noch keinen umfangreichen Ausfall geschrieben, seine ausführliche Rede gehalten, ohne darin keinen unauflösbaren Gag gegen den großen Kanzler, Fürsten Bismarck, Ausdruck geben zu haben. Auch in seiner neuesten Schrift „Rein Konkrete sein Wahlbündnis“ kommt er auf sein „Wendungsbedürfnis“ — gleich dem Wapp, der „unentwegt“ den „Norden anbelangt.“ Er schreibt u. A.: „Ein weniger wissenschaftlicher und weniger witziger, aber so reich an Erfahrung und halb Spielerei halb Vortragsfähigkeit, ein „Staatsmann“ hat in keinem Lande und zu keiner Zeit gelebt.“ Es scheint fast, als lege es der „große Aler“ von der Sozialdemokratie darauf an, sich am Schluß seiner „ruhmvollen“ Laufbahn nach als politischer Hanswurst zu zeigen. Er sollte aber nicht gar so alberne Späße machen und nicht gar so wüßhampfen, sonst könnten am Ende doch die „Genoffen“ von dem Verachte kommen, daß ein Staatsmann, der von dem „wissenschaftlichen“

### Hohenzollern.

Am 7. Dezember d. J. werden 50 Jahre seit der Abtretung der allen Hohenzollernischen Erblande in Schwaben an Preußen verstrichen sein. Waren auch die schwäbischen Grafen von Zollern seit der Trennung von der bürgerlichen Nürnbergischen Linie nicht so reich wie diese zu höherer Macht und Ehre aufgestiegen, so zeichneten sich doch auch unter ihnen eine Reihe tüchtiger Männer im treuen Anschluß an die oberste Reichsgewalt befeuert aus, was die Kaiser durch mannigfache Gnabenbezeugungen anerkannte. So erhielt Graf Friedrich II. 1505 den Lohn für zahlreiche wichtige und aufopfernde Dienste, welche sein Haus den Habsburgern geleistet, durch die Uebertragung der Würde eines Reichserbkammerers, ein Ehrenamt, das bis zur Auflösung des Reiches im Besitz des Zollernischen Hauses blieb; sein Enkel Karl I., nach seinem Vatern dem Kaiser Karl V. genannt, erhielt für bedeutende Dienste neben äußeren Auszeichnungen, Ehrenbezeugungen und Vertrauensbeweisen auch sehr wertvolle reale Besetzungen vom Kaiser, der ihm am 24. Dezember 1535 die Grafschaften Sigmaringen und Beringen verlieh. Bei der Erbteilung i. J. 1576 entstanden die Linien Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen; durch das sogenannte Fürstentandsprivilegium vom 28. März 1623 wurde Graf Johann Georg von Hechingen zugleich mit seinem Vetter, dem Grafen Johann von Sigmaringen, in den Reichsfürstentum erhoben und damit die rasche und erfolgreiche Tätigkeit jener beiden Staatsmänner in den schwierigen Verhandlungen während des ersten Theiles des dreißigjährigen Krieges anerkannt. Die alte Stammverbindung mit den schwäbischen Hohenzollern war von Seiten des brandenburgisch-hohenzollernischen Fürstentums wieder

durch Albrecht Achilles in thatkräftiger Weise aufgeführt worden, der bei der Grundbesetzung des Neubaus der Stammburg am 21. Mai 1454 auf dem Hohenzollern erdient, und so dieser Feier, die höhere Bedeutung eines allgemeinen Hohenzollern Familienfestes“ verlieh. Der Große Kurfürst nahm 1655 mit Genehmigung des Kaisers den Titel als Reichsgraf von Hohenzollern an; Kurfürst Friedrich III. schloß im November 1695 zu Nürnberg mit den Fürsten von Hohenzollern eine förmliche Erbvereinigung (pactum gentilitium et successorium), ein förmliches Schutz- und Trutzbündnis zwischen Brandenburg und Zollern auf ewige Zeiten zur Wahrung ihrer Interessen und Erhaltung ihres Besitzstandes mit der Bestimmung, daß beim Aussterben der hohenzollernischen Linien Brandenburg in Fürstentum, Graf- und Herrschaften, Land und Leuten folgen solle. Fortan gebrauchten auch die Fürsten von Hohenzollern Titel und Wappen der Burggrafen von Nürnberg, ferner wurde ihnen das Erbanrecht auf die kaiserlichen Fürstentümer Ansbach und Bayreuth zugesichert. Als das Haupt der gesamteten hohenzollernischen Familie erscheint fortan der Kurfürst von Brandenburg, beziehungsweise König von Preußen. Jene Erbvereinigung ist seitdem mehrfach erneuert worden; daß jene Länder, in denen gleichsam die Wiege des preussischen Herrscherhauses gestanden, mit der Krone Preußen vereinigt wurden, ohne daß vorher die schwäbischen Hohenzollern ausgestorben waren, ist der opferreichen Hingabe und politischen Einsicht des Fürsten Karl Anton, des Fremdes und ersten Ministerpräsidenten König Wilhelms I., zu verdanken. Er konnte für seine, so oft auch von seinen Vätern bedrängte echt deutsche Bemühung in dem hohen Gefühl eigener unabhängiger Landeshoheit keine beruhigende Ermüthigung finden, da er die traurige,

eben durch das Befehlen so vieler kleiner unabhängiger Staaten herbeigeführte politische Zersplitterung und Ohnmacht des deutschen Vaterlandes erkannte. Infolge dessen brachte er den hochherzigen Entschluß zur Ausführung, den Fürsten Deutschlands mit dem Vorbilde uneigennütziger Aufopferung dynastischer Interessen voranzugehen und zum Vorteil der von ihm erlebten Einigung Deutschlands auf eigenen unabhängigen Besitz von Land und Leuten zu verzichten. König Friedrich Wilhelm IV. besetzte das Vorgehen des Fürsten Karl Anton als eine deutsche That, welche die deutsche Geschichte verewigen werde, und er stiftete zur Erinnerung daran den königlichen Hausorden von Hohenzollern zur Bezeichnung besonderer Tugend gegen das königshaus und ausgezeichneter Dienste zur Bezeugung vaterländischer Gesinnung mit der bedeutungsvollen Aufschrift „Von Feld zum Meer“. Nachdem unter Zustimmung der Kammer Preußen am 12. März 1850 Besitz von seinem neuen Lande ergriffen hatte, erfolgte am 6. April die feierliche Wiedereinnahme durch den preussischen Heerführer, den Regierungsrath Präsidenten Fürst v. Spierck-Borlinghausen, am 23. August nahm dann der König selbst die Huldigung seiner neuen Unterthanen entgegen und legte den Grundstein zur Zollernburg, deren Wiederherstellung auch von Seiten des Fürsten Karl Anton thatkräftig gefördert wurde. — Der Gedanke liegt nahe, den Gedenktag der Vereinigung jener Lande, aus denen der Zollernische Kar seinen mächtigen Zug genommen, mit Preußen nicht ohne Feier vorübergehen zu lassen.

















